

Arbeitsgruppe ÖS I 3 /PG NSA

Berlin, den 28. Oktober 2013

ÖS I 3 /PG NSA

Hausruf: [REDACTED]

AGL: MinF [REDACTED]
Ref.: ORR [REDACTED]
Sb.: RI [REDACTED]

1. Schriftliche Frage(n) der Abgeordneten Petra Pau vom 28. Oktober 2013 (Monat Oktober 2013, Arbeits-Nr. 52 bis 54)

Fragen

1. Welche Kenntnisse hatte die Bundesregierung von Juni 2013 bis heute (bitte chronologisch darstellen) über die mögliche Ausspähung der Bundesregierung, des Deutschen Bundestages und bundesdeutscher Bürger durch die NSA und andere US-Geheimdienste, und wie bewertet sie aus ihrem aktuellen Kenntnisstand heraus die Aussage von Kanzleramtsminister Pofalla vom Juli 2013, dass die NSA-Affäre beendet sei?
2. Welche eigenständigen Nachforschungen hat die Bundesregierung seit Juni 2013 unternommen (bitte chronologisch darstellen), um die Versicherungen der US-Regierung, der NSA und des britischen Nachrichtendienstes zu überprüfen, eine umfassende Ausspähung sei in Deutschland nicht erfolgt, und welche Möglichkeit sieht sie, solche Nachforschungen jetzt zu intensivieren?
3. Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus ziehen, dass der Kanzleramtsminister und mit ihm die zuständigen deutschen Sicherheitsbehörden die NSA-Affäre frühzeitig im August für "beendet" erklärt hatten, und damit den Schutz des privaten und des wirtschaftlichen Bereichs der Bürger vor der Ausspionierung durch die NSA und anderer Dienste eingestellt hatten?

Antworten

Zu 1.

Der Bundesregierung ist bekannt, dass die USA ebenso wie eine Reihe anderer Staaten Maßnahmen der strategischen Fernmeldeaufklärung durchführen. Von einer möglichen Ausspähung der Bundesregierung, des Deutschen Bundestages und bundesdeutscher Bürger durch die NSA und andere US-Geheimdienste, hat die Bundesregierung – über die aktuell in den Medien berichteten Vorgänge hinaus – keine Kenntnis.

Gelöscht: zur Wahrung ihrer Interessen

Die Bundesregierung widerspricht der Darstellung, dass die „NSA-Affäre“ im Juli 2013 für beendet erklärt wurde. Richtig ist, dass der im Juli 2013 stehende Vorwurf einer millionenfachen, flächendeckenden Ausspähung deutscher Bürger ausgeräumt wurde.

Kommentar [k1]: Klarstellung entspricht den Äußerungen des stv. Regierungssprechers anlässlich der RegPK 25.10.2013

Kanzleramtsminister Pofalla hat am 24.10.2013 erklärt, dass er auf eine vollständige und schnelle Aufklärung aller neuen Vorwürfe drängt und veranlasst hat, dass alle Aussagen

Gelöscht: 4

Gelöscht: r

die die NSA in den vergangene Wochen und Monaten mündlich wie schriftlich vorgelegt hat, erneut überprüft werden. Er hat weiterhin erklärt, dass er von der US-Seite die Klärung aller noch offenen Fragen erwartet.

Gelöscht: [BK, bitte zur angeblichen Aussage von Herrn ChefBK ergänzen.]

Zu 2

Im Zuge der Sachverhaltsaufklärung im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Materials von Edward Snowden wurden durch die Bundesregierung folgende wesentliche Maßnahmen eingeleitet.

Aufklärungsbemühungen der Vorwürfe gegen die USA

10.06.2013	Kontaktaufnahme BMI/US-Botschaft m. d. B. u. nähere Informationen.
	Bitte an BKA, BfV, BSI und BPol sowie BKAm (für BND) und BMF (für ZKA) zu berichten, welche Erkenntnisse dort über PRISM vorliegen sowie darüber, welche Kontakte mit der NSA bestehen.
	Bitte um Aufklärung an US-Seite im Rahmen der in Washington unter AA-Federführung stattfindenden Dt.-US-Cyber-Konsultationen.
11.06.2013	Übersendung eines Fragebogens des BMI zu PRISM an die US-Botschaft in Berlin.
	Übersendung eines Fragebogens an die dt. Niederlassungen von acht der neun betroffenen Provider mit der Bitte, über ihre Einbindung in das Programm zu berichten. PalTalk wurde nicht angeschrieben, da es nicht über eine Niederlassung in Deutschland verfügt.
12.06.2013	Schreiben der Bundesministerin der Justiz an den United States Attorney General Eric Holder mit der Bitte, die Rechtsgrundlage für PRISM und seine Anwendung zu erläutern.
	Vorschlag der Bundesministerin der Justiz gegenüber der litauischen EU-Ratspräsidentschaft und EU-Kommissarin Viviane Reding, den Themenkomplex auf dem informellen JI-Rat am 18./19. Juli 2013 anzusprechen.
14.06.2013	Gespräch zur weiteren Sachverhaltsaufklärung von Hr. BM Röster und Fr. BMn Leutheusser-Schnarrenberger mit Vertretern von Google und Microsoft.
19.06.2013	Gespräch BKn Merkel mit Präsident Obama am Rande seines Besuchs in Berlin über „PRISM“.
01.07.2013	Telefonat BM Westerwelle mit USA-AM John Kerry.
	Förmliches Gespräch im Sinne einer Demarche des politischen Direktors im AA am 1. Juli 2013 mit US-Botschafter Murphy.

	Anfrage des BMI an den Betreiber des DE-CIX (Internetknoten Frankfurt / Main) hinsichtlich Kenntnis über Zusammenarbeit mit ausländischen, insbesondere US/UK-Nachrichtendiensten.
	Telefonat Herr StF mit Lisa Monaco (Weißes Haus) m. d. B. u. Unterstützung der Expertengruppe, die auf Arbeitsebene entsandt werden sollte.
03.07.2013	Telefonat BKn Merkel mit US-Präsident Obama
05.07.2013	Sondersitzung nationaler Cyber-Sicherheitsrat (Vorsitz Frau St'n RG)
08.07.2013	Gespräch der EU-US-Expertengruppe unter Beteiligung der KOM, des Europäischen Auswärtigen Dienstes, der LTU Präsidentschaft unter Beteiligung einer Vielzahl von MS (darunter DEU) mit der US-Seite in Washington.
	Einrichtung einer Sonderauswertung im Bundesamt für Verfassungsschutz
09.07.2013	Demarche der US-Botschaft beim politischen Direktor im AA
10.07.2013	Gespräch der deutschen Expertengruppe mit amerikanischen Stellen
11.07.2013	Gespräch der deutschen Expertengruppe mit Department of Justice.
12.07.2013	Gespräch BM Dr. Friedrich mit Joe Biden und Lisa Monaco.
	Gespräch BM Dr. Friedrich mit US Attorney General Eric Holder (Department of Justice).
	Gespräch der deutschen Expertengruppe mit amerikanischen Stellen
16.07.2013	Gespräch AA SIS'in Dr. Haber mit US-Geschäftsträger Melville.
18./19.07.2013	Vorstellung einer Initiative des BMI und BMJ zur Verbesserung des internationalen Datenschutzes beim Informellen JI-Rat in Vilnius (LTU)
19.07.2013	Schreiben der Bundesministerin der Justiz und des Bundesministers des Auswärtigen an ihre Amtskollegen in der Europäischen Union, in dem für die Unterstützung der Initiative zur Schaffung eines Zusatzprotokolls zu Artikel 17 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte geworben wird.
	Gemeinsame Erklärung der Bundesministerin der Justiz und ihrer französischen Amtskollegin auf dem informellen JI-Rat zum Umgang mit den Abhöraktivitäten der NSA.
22./23.07.2013	Erster regulärer Termin der "EU-US Ad-hoc EU-US Working Group on Data Protection" unter deutscher Beteiligung
31.07.2013	Einleitung der Prüfung der durch US-Geheimdienst-Koordinator Clapper herabgestuften US-Dokumente.
02.08.2013	Aufhebung der Verwaltungsvereinbarungen mit USA und GBR von

	<u>1968 zum G10-Gesetz</u>
<u>04. –</u> <u>06.08.2013</u>	<u>Gespräche BMI-StS Fritsche, Koordinator der Nachrichtendienste Heiß sowie Präsidenten BND und BfV, Schindler bzw. Maaßen, in Washington</u>
<u>09.08.2013</u>	Beginn der Verhandlung eines Abkommens zwischen P BND und Leiter NSA
	Erneute Anfrage bei den Providern, ob zwischenzeitlich neue Informationen zu den bereits mit Schreiben vom 11.6.2013 übermittelten Fragen vorliegen
<u>26.08.2013</u>	Übersendung eines erweiterten Fragenkatalogs zu PRISM insbesondere zum „Special Collection Service“ an die US-Botschaft in Berlin durch BMI
<u>27.08.2013</u>	<u>Schriftliche Bitte der AA-StS in Haber an stv. US-AM Burns, sicherzustellen, dass US-Regierung auf BMI-Fragenkatalog vom 26.08.2013 antwortet</u>
<u>09.09.2013</u>	Runder Tisch „Sicherheitstechnik im IT-Bereich“ mit Vertretern aus Politik, Verbänden, Ländern, Wissenschaft, IT- und Anwenderunternehmen
<u>19./20.09.2013</u>	Erneute Reise einer EU-Expertendelegation unter deutscher Beteiligung in die USA
<u>02.10.2013</u>	<u>Antrittsbesuch von US-Botschafter Emerson bei ChefBK. Dabei Bitte von ChefBK an US-Seite um Beantwortung der an sie gerichteten Fragen und erneuter Hinweis auf das angestrebte Abkommen („no spy“), das die Versicherung enthalte, dass US-Dienste in DEU keine Ausspähung vornehmen</u>
<u>24.10.2013</u>	Schreiben des BMI an die US-Botschaft, um an die Beantwortung der an die US-Botschaft übersandten Fragen zu erinnern.
	Schreiben des BMI an die US-Botschaft zur Aufklärung der Vorwürfe zum Abhören des Mobiltelefons der Kanzlerin
	Einbestellung des US-Botschafters ins AA

Gelöscht: .

Gelöscht: f

Aufklärungsbemühungen der Vorwürfe gegen Großbritannien

<u>24.06.2013</u>	Schreiben BMI an GBR-Botschaft mit einem Fragenkatalog
	Schreiben der Bundesministerin der Justiz an den britischen Justiz-

000266

	minister Christopher Grayling und die britische Justizministerin Theresa May mit der Bitte, die Rechtsgrundlage für TEMPORA und die Anwendungspraxis zu erläutern.
	Telefonat der Staatssekretärin des BMJ mit ihrer britischen Amtskollegin zum Thema TEMPORA.
28.06.2013	Telefonat BM Westerwelle mit GBR AM Hague
01.07.2013	Videokonferenz unter Leitung der dt. und brit. Cyber-Koordinatoren der Außenministerien: Bitte des AA, BMI und BMJ an GBR um schnellstmögliche und umfassende Beantwortung des BMI-Fragenkatalogs.
09.07.2013	Telefonat BK'n Merkel mit GBR-Premierminister Cameron
10.07.2013	Telefonat BM Dr. Friedrich mit GBR-Innenministerin May
19.07.2013	Schreiben der Bundesministerin der Justiz und des Bundesministers des Auswärtigen an ihre Amtskollegen in der Europäischen Union, in dem für die Unterstützung der Initiative zur Schaffung eines Zusatzprotokolls zu Artikel 17 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte geworben wird.
29./30.07.2013	Gespräche der deutschen Expertengruppe mit GBR-Regierungsvertretern.
29.08.2013	Videokonferenz der britischen Dienste mit BND und BfV

Auch angesichts der aktuellen Vorwürfe setzt die Bundesregierung ihre Aufklärungsaktivitäten unvermindert fort. Dazu sind bereits weitere Konsultationen vereinbart. Weiterhin wird geprüft, ob an US-Vertretungen statuswidrige Aktivitäten stattfinden, die im Gegensatz zum Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (vgl. Art 41 WÜD) stehen. Darüber hinaus forciert die Bundesregierung die Verhandlungen mit der US-Seite über ein Abkommen, in dem die Tätigkeit und die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste geregelt und festgelegt werden, unter anderem, dass keine gegenseitige Spionage stattfindet. Die Bundesregierung setzt sich weiterhin aktiv für Maßnahmen zur Verbesserung des Datenschutzes auch auf EU-Ebene ein.

Zu 3.

Auf die Antworten zu den Fragen 1 und 2 und die dort aufgeführten fortgesetzten Aufklärungsbemühungen wird verwiesen.

Desweiteren wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Fragen 81 in der BT-Drucksache 17/14739 verwiesen.

Gelöscht: A

Gelöscht: wird

Gelöscht: setzen

Gelöscht: Botschaften

Gelöscht: wird

Gelöscht: „No-spy-“

Gelöscht: * forcieren und

Gelöscht: die

Gelöscht: weiterhin aktiv unterstützen.

Gelöscht: „ nach denen keine Rede davon sein kann, dass die Bundesregierung oder Bundesbehörden in ihren Anstrengungen nachgelassen hätten

2. Die Referate ÖS III 1, ÖS III 3, IT 3, IT 5, PG DS im BMI sowie BKAm. AA, BMWi, BMJ, BMELV, BMVg haben mitgezeichnet.
3. Herrn Abteilungsleiter ÖS
über
Herrn Unterabteilungsleiter ÖS I
mit der Bitte um Billigung.
4. Kabinett- und Parlamentsreferat
zur weiteren Veranfassung vorgelegt

In Vertretung
